

JA ZU NEU EINGEFÜHRTEN STUDIENGEBÜHREN



Veröffentlicht am 2. April 2005

Tags: [Beschlüsse](#), [Bildung](#), [Gebühren](#), [Studium](#)

Beschluss des Landesparteitages

Die FDP Sachsen-Anhalt setzt sich für die Einführung von Studiengebühren ein.

- Bei der Einführung ist den Hochschulen die Freiheit zu geben, Studiengebühren zu erheben und über die Höhe der Gebühren selbst zu entscheiden. Die Beiträge können nach Art des Studiengangs unterscheiden.
- Ziel der Gebühr ist nicht die Deckung der Haushaltslücken, sondern die Verbesserung der Finanzierung der Hochschulen. Die staatlichen Mittelzuweisungen an die Hochschulen im Haushaltsplan des Landes festzuschreiben. Die Gebühren werden als zusätzliche Einnahmequelle für die Lehre, nicht als Ersatz für die staatlichen Mittel.
- Den Hochschulen die Möglichkeit zu geben, Leistungsstipendien in Form von Gebühren zu vergeben.

Die Gebühren werden folgendermaßen:

Die Gebühren werden durch Studiendarlehen finanziert werden. Die Darlehen sind an keine Bedingungen geknüpft und damit auch völlig

unabhängig vom Einkommen des Haushalts, dem der Studierende angehört.

- Darlehen können auch aufgenommen werden können am privaten Kapitalmarkt aufgenommen werden, was zu steigender Staatsverschuldung zu führen.
- Die Rückzahlung soll aus verschiedenen Komponenten enthalten, z.B. Stundung bei Arbeitslosigkeit.

Besteht nach 25 Jahren eine Restschuld, so wird diese in staatlicher Hand.